

Lena Blanken (foodwatch)

Von: [REDACTED]
Gesendet: Dienstag, 25. August 2015 15:28
An: Lena Blanken (foodwatch)
Cc: Thilo Bode (foodwatch)
Betreff: Ihre Anfrage zu CETA / TTIP

Sehr geehrte Frau Blanken,

vielen Dank für Ihre Nachfragen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) teilt Ihnen dazu mit:

Eine Vielzahl völkerrechtlicher Verträge sieht Regelungen zur Anpassung des jeweiligen Vertragstexts vor (häufig handelt es sich dabei um Anpassungen, die Änderungen des EU-Rechts auf Ebene des völkerrechtlichen Vertrages nachvollziehen).

Dieses übliche Vorgehen gibt es auch bei CETA. Für die von Ihnen angesprochene Änderung von Annexen ist Kapitel 34, Art. X.02 „Amendments“ maßgeblich (S. 488 des CETA-Entwurfs) (http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/september/tradoc_152806.pdf). Danach bedarf eine Entscheidung des Ausschusses über die Änderung von Annexen und Anhängen der Zustimmung der Vertragsparteien entsprechend ihrer jeweiligen internen Verfahrensanforderungen und tritt erst dann in Kraft, wenn die Vertragsparteien ihre Zustimmung erteilt haben. Für die EU richtet sich die Erteilung der Zustimmung nach den Verfahrensregeln in Art. 218 AEUV.

Die allgemeine Verfahrensvorschrift in Art. 30 Art. X.03 (S. 449 des CETA-Entwurfs) sieht vor, dass das CETA Joint Committee in den im Vertrag genannten Fällen Entscheidungen treffen kann. Diese Vorschrift wird im Rahmen der aktuell laufenden Rechtsförmlichkeitsprüfung voraussichtlich eine Klarstellung erfahren. Im Einklang mit Kapitel 34 Art. X.02 soll noch ausdrücklich ein Zustimmungsvorbehalt der Vertragsparteien auch in Art. 30 X.03 aufgenommen werden, so dass es dann auch in Art. 30 X.03 heisst, dass die Entscheidungen des Joint Committee bindend sein sollen „subject to the completion of any necessary internal requirements and procedures“.

Zudem noch der Hinweis, dass das Europäische Parlament natürlich beiden Verträgen (CETA und TTIP) zustimmen muss, also auch den in den Kapiteln 30 und 34 enthaltenen Regeln und Verweisen auf die EU-Verfahrensvorschriften einschließlich der dort geregelten Beteiligung des Europäischen Parlaments.

Welche Kompetenzen ein möglicher Joint Ministerial Body unter TTIP haben wird und ob diese ähnlich wie in CETA ausgestaltet sein werden, ist – wie schon erläutert – noch offen.

Zum CETA-Mandat: Das CETA-Mandat ist ein EU-Dokument, Sie müssten sich hierzu daher bitte an die EU-Kommission wenden. In jedem Fall ist das Mandat aber durch den nunmehr verhandelten und veröffentlichten Text zu CETA überholt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Adrian Toshev

Referat LB1 - Pressestelle
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
Telefon: [REDACTED]
Fax: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]
Internet: www.bmwi.de

Lena Blanken (foodwatch)

Von: Lena Blanken (foodwatch)
Gesendet: Donnerstag, 20. August 2015 15:02
An: [REDACTED]
Cc: Thilo Bode (foodwatch)
Betreff: AW: Ihre Nachfrage zu TTIP und regulatorische Kooperation

Sehr geehrter Herr Toschev,

vielen Dank für Ihre Antwort.

Sie haben Recht, dass für TTIP noch kein entsprechender Vertragstext vorliegt. Deshalb möchte ich gerne meine Frage auf das CETA Abkommen mit Kanada beziehen. Hier gibt es bereits einen ausverhandelten Text. Darin sind die Kompetenzen des „CETA Joint Committee“, also dem dem „Joint Ministerial Body“ entsprechenden Gremium des CETA-Abkommens, klar definiert:

In Artikel X.03 des Abkommens heißt es: „The CETA Joint Committee shall, for the purpose of attaining the objectives of this Agreement, have the power to take decisions in respect of all matters in the cases provided by this Agreement.“

Für das CETA-Abkommen steht somit schon fest, dass das „CETA Joint Committee“ Entscheidungskompetenzen (wie etwa die Änderung von Annexen ohne Einbindung des EU-Parlaments bzw. der nationalen Parlamente) haben wird. Da CETA als Blaupause für TTIP gilt, gehen wir davon aus, dass das „Joint Ministerial Body“ die gleichen Entscheidungskompetenzen haben wird.

Ich bitte Sie um Stellungnahme dazu.

Herzlichen Dank,
Lena Blanken

Von: [REDACTED]
Gesendet: Montag, 17. August 2015 15:11
An: Lena Blanken (foodwatch)
Cc: Thilo Bode (foodwatch)
Betreff: Ihre Nachfrage zu TTIP und regulatorische Kooperation

Sehr geehrte Frau Blanken,

vielen Dank für Ihre Nachfrage. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) teilt Ihnen dazu mit:

Aufgabe und Funktion des „Regulatory Cooperation Body“ sind im Textvorschlag zur regulatorischen Zusammenarbeit beschrieben, da dieses Gremium allein die regulatorische Zusammenarbeit betrifft. Wie erläutert, bleibt die Regulierungshoheit des Gesetzgebers durch den Vorschlag zur regulatorischen Zusammenarbeit vollständig gewahrt.

Der mögliche „Joint Ministerial Body“ ist nicht im Textvorschlag zur regulatorischen Zusammenarbeit beschrieben, da seine möglichen Aufgaben und Funktionen nicht nur die regulatorische Zusammenarbeit betreffen, sondern er ein übergeordnetes Gremium wäre (er ist im Textvorschlag zur regulatorischen Zusammenarbeit lediglich unter Ziff. 14.2 c) erwähnt). Zu diesen institutionellen Fragen gibt es jedoch noch keinen Text, in dem Rolle und Kompetenzen von Gremien wie dem „Joint Ministerial Body“ üblicherweise definiert werden. Die Verhandlungen sind hierzu noch nicht fortgeschritten, es gibt weder einen Vorschlag der EU noch der US-Seite dazu. Hieraus den Schluss zu ziehen, dass der „Joint Ministerial Body“ Entscheidungskompetenzen erhalten könnte (wie etwa die Änderung von Annexen zum Abkommen) wäre falsch.

Im Gegenteil, wir bekräftigen noch einmal, dass für die Bundesregierung zentral ist, dass die Regulierungshoheit jeder Seite gewahrt wird und es keine Abstriche bei den hohen Schutzstandards in Deutschland und der EU geben

wird – dies gilt selbstverständlich auch für die noch zu verhandelnde mögliche Ausgestaltung eines „Joint Ministerial Body“.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Adrian Toshev

Referat LB1 - Pressestelle
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
Telefon: [REDACTED]
Fax: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]
Internet: www.bmwi.de

Von: Lena Blanken (foodwatch) [REDACTED]
Gesendet: Freitag, 14. August 2015 14:32
An: Toshev, Adrian, LB1
Cc: Thilo Bode (foodwatch)
Betreff: AW: Ihre Anfrage zu TTIP und regulatorische Kooperation

Sehr geehrter Herr Toshev,

haben Sie vielen Dank für Ihre Antwort. Bitte erlauben Sie mir eine Rückfrage:

Sie schreiben, dass das vorgesehene Regulierungsgremium „Regulatory Cooperation Body“ (RCB) keine Entscheidungsbefugnisse erhalten wird und auch keine Annexe zum Abkommen ändern kann – vorausgesetzt der Textvorschlag der EU vom 4. Mai wird in den finalen TTIP-Text übernommen. In dem von uns angeführten vertraulichen Bericht eines deutschen Regierungsmitarbeiters geht es jedoch in erster Linie um die Entscheidungskompetenzen des „Joint Ministerial Body“ (JMB). Das RCB bereitet Regulierungsangelegenheiten ausschließlich vor und hat damit zwar enormen Einfluss auf das jeweilige Vorhaben. Die Entscheidungskompetenz über die Regulierungsangelegenheiten liegt aber bei dem JMB. Das war von Anfang an auch so vorgesehen.

Wir möchten unsere Frage gern nochmal präzisieren: Ist explizit in den TTIP-Vertrag aufgenommen worden, dass das Joint Ministerial Body nicht ohne erneute Ratifikation/Abstimmung durch das EU-Parlament und gegebenenfalls auch durch die nationalen Parlamente, Ergänzungen und Annexen zum Vertragstext ändern kann? Wenn nicht, warum nicht?

Freundliche Grüße
Lena Blanken

Von: [REDACTED]
Gesendet: Mittwoch, 12. August 2015 18:06
An: Lena Blanken (foodwatch)
Cc: Thilo Bode (foodwatch)
Betreff: Ihre Anfrage zu TTIP und regulatorische Kooperation

Sehr geehrte Frau Blanken,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) teilt Ihnen dazu mit:

Generelle Zielsetzung der regulatorischen Kooperation ist es, unnötige oder doppelte Vorschriften durch eine engere Kooperation der Regulierungsbehörden zu vermeiden und so zukünftig bestehende unnötige Handelshemmnisse ggf.

abzubauen. Für die Bundesregierung ist dabei zentral, dass die Regulierungshoheit jeder Seite gewahrt wird und es keine Abstriche bei den hohen Schutzstandards in Deutschland und der EU geben wird. Minister Gabriel hat dies auch mehrfach betont (u.a. am 27.1. ggü. der FAZ: "*TTIP darf den Handlungsspielraum der EU und der nationalen Gesetzgeber nicht einschränken.*").

Die EU hat nunmehr am 4. Mai ihren Textvorschlag zur regulatorischen Zusammenarbeit veröffentlicht (siehe Anlage). Die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass das im EU-Textvorschlag vorgesehene Regulierungsgremium (Regulatory Cooperation Body) keine Entscheidungsbefugnis erhält und auch keine Annexe zum Abkommen ändern kann. Dies wurde im EU-Textvorschlag so auch aufgenommen, siehe u.a. Art. 1 Abs. 2 ("*This Chapter provides a framework for cooperation among regulators and encourages the application of good regulatory practices. It will identify and make use of possibilities for cooperation in areas or sectors of common interest. Its provisions do not entail any obligation to achieve any particular outcome.*") sowie Art. 14 Abs. 2 c), ("*The RCB will not have the power to adopt legal acts*").

Im Bereich der Verhandlungen über die regulatorische Zusammenarbeit gibt es bislang jedoch noch keinen zwischen den Parteien vereinbarten Text. Inhalte und Umfang einer möglichen engeren regulatorischen Zusammenarbeit der Behörden der EU und der USA sind derzeit offen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Adrian Toschev

Referat LB1 - Pressestelle
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin

Telefon: [REDACTED]

Fax: [REDACTED]

E-Mail: [REDACTED]

Internet: www.bmwi.de

Lena Blanken (foodwatch)

Von: Lena Blanken (foodwatch)
Gesendet: Freitag, 14. August 2015 14:32
An: [REDACTED]
Cc: Thilo Bode (foodwatch)
Betreff: AW: Ihre Anfrage zu TTIP und regulatorische Kooperation

Sehr geehrter Herr Toschev,

haben Sie vielen Dank für Ihre Antwort. Bitte erlauben Sie mir eine Rückfrage:

Sie schreiben, dass das vorgesehene Regulierungsgremium „Regulatory Cooperation Body“ (RCB) keine Entscheidungsbefugnisse erhalten wird und auch keine Annexe zum Abkommen ändern kann – vorausgesetzt der Textvorschlag der EU vom 4. Mai wird in den finalen TTIP-Text übernommen. In dem von uns angeführten vertraulichen Bericht eines deutschen Regierungsmitarbeiters geht es jedoch in erster Linie um die Entscheidungskompetenzen des „Joint Ministerial Body“ (JMB). Das RCB bereitet Regulierungsangelegenheiten ausschließlich vor und hat damit zwar enormen Einfluss auf das jeweilige Vorhaben. Die Entscheidungskompetenz über die Regulierungsangelegenheiten liegt aber bei dem JMB. Das war von Anfang an auch so vorgesehen.

Wir möchten unsere Frage gern nochmal präzisieren: Ist explizit in den TTIP-Vertrag aufgenommen worden, dass das Joint Ministerial Body nicht ohne erneute Ratifikation/Abstimmung durch das EU-Parlament und gegebenenfalls auch durch die nationalen Parlamente, Ergänzungen und Annexen zum Vertragstext ändern kann? Wenn nicht, warum nicht?

Freundliche Grüße
Lena Blanken

Von: [REDACTED]
Gesendet: Mittwoch, 12. August 2015 18:06
An: Lena Blanken (foodwatch)
Cc: Thilo Bode (foodwatch)
Betreff: Ihre Anfrage zu TTIP und regulatorische Kooperation

Sehr geehrte Frau Blanken,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) teilt Ihnen dazu mit:

Generelle Zielsetzung der regulatorischen Kooperation ist es, unnötige oder doppelte Vorschriften durch eine engere Kooperation der Regulierungsbehörden zu vermeiden und so zukünftig bestehende unnötige Handelshemmnisse ggf. abzubauen. Für die Bundesregierung ist dabei zentral, dass die Regulierungshoheit jeder Seite gewahrt wird und es keine Abstriche bei den hohen Schutzstandards in Deutschland und der EU geben wird. Minister Gabriel hat dies auch mehrfach betont (u.a. am 27.1. ggü. der FAZ: *"TTIP darf den Handlungsspielraum der EU und der nationalen Gesetzgeber nicht einschränken."*).

Die EU hat nunmehr am 4. Mai ihren Textvorschlag zur regulatorischen Zusammenarbeit veröffentlicht (siehe Anlage). Die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass das im EU-Textvorschlag vorgesehene Regulierungsgremium (Regulatory Cooperation Body) keine Entscheidungsbefugnis erhält und auch keine Annexe zum Abkommen ändern kann. Dies wurde im EU-Textvorschlag so auch aufgenommen, siehe u.a. Art. 1 Abs. 2 (*"This Chapter provides a framework for cooperation among regulators and encourages the application of good regulatory practices. It will identify and make use of possibilities for cooperation in areas or sectors of common interest. Its provisions do not entail any obligation to achieve any particular outcome."*) sowie Art. 14 Abs. 2 c), (*"The RCB will not have the power to adopt legal acts"*).

Im Bereich der Verhandlungen über die regulatorische Zusammenarbeit gibt es bislang jedoch noch keinen zwischen den Parteien vereinbarten Text. Inhalte und Umfang einer möglichen engeren regulatorischen Zusammenarbeit der Behörden der EU und der USA sind derzeit offen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Adrian Toshev

Referat LB1 - Pressestelle
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin

Telefon: [REDACTED]

Fax: [REDACTED]

E-Mail: [REDACTED]

Internet: www.bmwi.de

Lena Blanken (foodwatch)

Von: Lena Blanken (foodwatch)
Gesendet: Dienstag, 11. August 2015 10:01
An: [REDACTED]
Cc: Thilo Bode (foodwatch)
Betreff: Anfrage TTIP und regulatorische Kooperation
Anlagen: Regierungsbericht TTIP Januar 2015.pdf

Sehr geehrter Herr Tochev,

wir haben wir einige Fragen zu dem Freihandelsabkommen TTIP und würden uns über eine Beantwortung freuen.

In einem vertraulichen Bericht eines deutschen Regierungsmitarbeiters für das Bundeswirtschaftsministerium über ein Treffen zwischen EU-Mitgliedstaaten und Kommissionsvertretern heißt es, die Bundesregierung warne davor, dass ein Regulierungsausschuss "seinerseits Annexe [zum TTIP-Vertrag; Anmerkung foodwatch] ändern und hinzufügen und sonstige Entscheidungen treffen solle". Weiter steht in dem Regierungsbericht, Deutschland "äußerte sich zudem kritisch zur gesamten Struktur, wonach unterhalb des RCB weitere Unterarbeitsgruppen gebildet werden können und insgesamt der Eindruck einer transatlantischen Behörde geschaffen werde".

Bleibt es bei diesen Befugnissen der Expertenausschüsse (wie dem Rat für regulatorische Kooperation - Regulatory Cooperation Body, RCB und dem Joint Ministerial Body, JMB), so können weitreichende Ergänzungen und Änderungen an dem TTIP-Vertragswerk vorgenommen werden, ohne dass Abgeordnete des EU-Parlaments oder der nationalen Parlamente darüber abstimmen dürfen.

Der zitierte Bericht stammt von einem Treffen im Januar dieses Jahres. Wie ist mittlerweile der Stand der Verhandlungen? Ist nun explizit in den TTIP-Vertrag aufgenommen worden, dass über jede Vertragsänderung des TTIP-Textes – auch von Ergänzungen und Annexen – jeweils das EU-Parlament und gegebenenfalls auch die nationalen Parlamente abstimmen müssen? Wenn nicht, warum nicht?

In der Anlage erhalten Sie den zitierten Regierungsbericht.

Wir bitten um eine Antwort bis zum 18. August 2015.

Freundliche Grüße
Lena Blanken

Werden Sie foodwatch-Mitglied!/Become a foodwatch member: www.foodwatch.de/mitglied-werden

foodwatch@facebook: www.facebook.com/foodwatch

foodwatch@twitter: www.twitter.com/foodwatch_de

foodwatch in English: www.foodwatch.eu

foodwatch en Francais: www.foodwatch.fr

foodwatch Nederland: <http://www.foodwatch.nl>

lena blanken
kampagnen

foodwatch e.v.
brunnenstr. 181
10119 berlin
germany
fon: +49 (0)30 / 240 476-112
fax: +49 (0)30 / 240 476-26
e-mail: [REDACTED]

internet: www.foodwatch.de

Eingetragener Verein, Sitz Berlin VR 21908 B AG Charlottenburg,
Geschäftsführer: Dr. Thilo Bode
